

Ukraine/Russland

Bereit für einen Handel

Von Dieter Giese

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat vor dem Ukraine-Krisengipfel in der kommenden Woche die Verhandlungsgrenzen abgesteckt: Keine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO, eine garantierte Neutralität für das Land zwischen EU und Russland. Das waren deutliche Worte. Überrascht haben dürfte dies weder die Regierungen des Westens, noch die aktuellen Machthaber in Kiew, die mit am Verhandlungstisch sitzen sollen.

Zugegeben: Es wäre leichter, diese Bedingungen zu akzeptieren, wenn Waldimir Putin mit der Annexion der Krim nicht Tatsachen geschaffen hätte, die der Westen – insbesondere die ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten in der EU sowie die USA – mit Blick auf das Völkerrecht eigentlich nicht akzeptieren darf. Gleichwohl muss man sich insbesondere in den USA fragen, ob man die Interessen der einstigen Weltmacht im Osten auch nur ansatzweise beachtet hätte, hätte Putin die Situation auf der Krim nicht eskalieren lassen. Auf die Befindlichkeit Russlands hinsichtlich der Ukraine hatten zuvor viele hingewiesen, unter anderem auch der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger, der gewiss nicht im Verdacht steht, eine politische Taube zu sein. Das hatte US- und EU-Politiker nicht davon abgehalten, auf dem Maidan das Blaue vom Himmel zu versprechen.

Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat schon Formulierungen gewählt, die einen gangbaren Weg aufzeigen: Enge Kooperation mit der Ukraine, aber keine Mitgliedschaft im Bündnis. Der Westen sollte kommende Woche die Möglichkeit ergreifen, für die Ukraine einen Handel abzuschließen, der dem Land zwar vielleicht die Krim nicht wiederbringt, aber ihm eine solide politische wie wirtschaftliche Basis verschafft. Zur Letzteren darf dann gern auch Moskau seinen Teil beitragen.

Sicherheitslücke „Heartbleed“

Super-GAU

Von Torsten Henke

Als neulich 18 Millionen E-Mail-Adressen mit den dazugehörigen Passwörtern entdeckt wurden, war die Aufregung groß. Doch gegen die aktuelle Sicherheitslücke im Internet war das eine Petitesse. „Heartbleed“ ist der Super-GAU, der verdeutlicht, wie verwundbar das angebliche Hightech-Netz ist: Ein kleiner Fehler eines Programmierers, und schon ist das Tor für Kriminelle und staatliche Schnüffler zu Milliarden geheimer Nutzer-Datensätze sperrangelweit offen. Niemand weiß, ob und wie oft die Lücke schon für Straftaten genutzt wurde. Vielleicht ist sie auch eine Erklärung für den Mail-Adressen-Klau. Also: Passwörter ändern. Sicherheitsprogramme aktualisieren. Und darauf hoffen, dass alle Anbieter der unsicheren Seiten ihre Hausaufgaben machen. Politik, Behörden, Internet-Wirtschaft und Wissenschaft müssen intensiv nach Möglichkeiten suchen, das anfällige Netz sicherer zu machen. Denn es hängt einfach zu viel davon ab, die moderne Gesellschaft ist immer abhängiger vom Internet. Doch die Sicherheit hat mit der rasanten Ausbreitung nicht schritthalten können. Es wird höchste Zeit für eine gründliche Sanierung der Datenautobahn.

Pressestimmen

Griechenland

Nordwest-Zeitung (Oldenburg):

„Ist Griechenland auf dem Weg zurück zur Normalität? Leider nein. Noch immer gibt der griechische Staat mehr Geld aus, als er einnimmt. Noch immer wächst die Staatsverschuldung. (...) Der Erfolg der neuen Griechen-Bonds am Kapitalmarkt löst keines der fundamentalen Probleme des Landes. Noch immer fehlt dem Land ein tragfähiges Geschäftsmodell, auf dessen Basis es sich zu einem produktiven

Mitglied der Euro-Zone entwickeln (...) könnte.“

Saarbrücker Zeitung:

„Also Ende gut alles gut im griechischen Drama? Mitnichten. (...) Die Krise ist (...) noch lange nicht überwunden – und kann schnell mit voller Wucht zurückkehren. Alles andere ist Augenwischerei. Mit einem Mini-Wachstum wird Athen seinen gigantischen Schuldenberg nicht abtragen. Und wo der große Aufschwung herkommen soll, weiß keiner.“



Politik kommt nicht nur aus Brüssel

Michael Wehner über die Bedeutung der Kommunalwahl, Jungwähler und „Nimbys“

Baden-Baden – Rund 8,5 Millionen Wahlberechtigte sind am 25. Mai in Baden-Württemberg dazu aufgerufen, über die Zusammensetzung der Kreistage, Gemeinderäte und Ortschaftsräte zu entscheiden. Etwa 20000 Gemeinderatsmandate, 2300 Kreistagssitze und 13000 Sitze in Ortschaftsräten werden vergeben. Eine wesentliche Neuerung bei der Kommunalwahl 2014 ist, dass in Baden-Württemberg erstmals bereits 16- und 17-Jährige abstimmen dürfen. Doch wie groß ist das Interesse an dieser Wahl überhaupt? Darüber hat BT-Redakteur Armin Broß mit Dr. Michael Wehner gesprochen. Wehner leitet die Außenstelle Freiburg der Landeszentrale für politische Bildung.

BT: Herr Wehner, zunächst die Gretchenfrage: Was ist für Sie das zentrale Argument, dass man überhaupt zur Kommunalwahl gehen soll?

Dr. Michael Wehner: Ich kann mich nur dann mit meinen spezifischen Interessen in die Demokratie einbringen, wenn ich wählen gehe. Das gilt nicht nur für Kommunalwahlen, sondern für Wahlen generell. Sprich: Wer nicht wählen geht, verschenkt Einflussmöglichkeiten.

BT: Bleiben wir beim Stichwort Einflussmöglichkeiten: Sinkt denn der Stellenwert von Kommunalwahlen nicht nach und nach, weil andere politische Ebenen – zum Beispiel die Europäische Union – immer mehr Macht bekommen?

Wehner: Die zunehmende Verlagerung von Entscheidungen auf nationale oder gar europäische Ebene ist mit ein Grund dafür, dass Kommunalpolitik – und mehr noch Landespolitik – an Attraktivität verliert. Nichtsdestoweniger bestehen auf allen politischen Ebenen Entscheidungsmöglichkeiten; es wäre ein Trugschluss zu sagen, dass Politik nur in Brüssel, Straßburg oder Berlin gemacht wird. Ganz im Gegenteil.

Interview

BT: Aber ist nicht zu konstatieren, dass europäische Regelungen zunehmend auch in kommunale Belange hineinreichen? Konkrete Beispiele wären europäische Naturschutzvorgaben, die für Bebauungspläne relevant sind, oder die jüngste Debatte um die Privatisierung der Trinkwasserversorgung.

Wehner: Das Problem ist nicht zu leugnen und ist aus kommunalpolitischer Sicht ärgerlich. Es müsste eventuell auch einmal überlegt werden, ob dadurch nicht das grundgesetzlich verbrieft Recht auf kommunale Selbstverwaltung infrage gestellt wird. Letztlich führt es natürlich zu einem Bedeutungsverlust und zu einem Verlust des Interesses an der kommunalpolitischen Ebene.

BT: Wenn man mal das Interesse der Bürger an Kommunalwahlen betrachtet, wie fällt da die Bilanz aus – im Rückblick auf die vergangenen Wahlen und in der Prognose für die bevorstehende?

Wehner: Die Wahlbeteiligung erreichte 2009 einen historischen Tiefstand: Sie lag bei 50,7 Prozent, während wir im Jahr 1975 beispielsweise noch eine Beteiligung von 67,3 Prozent hatten. Das heißt, im Prinzip geht nur noch jeder Zweite wählen. Tatsächlich befürchten



„Die Wahlbeteiligung erreichte 2009 einen historischen Tiefstand“: Michael Wehner.

Foto: pr

wir, dass es 2014 zum ersten Mal eine Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent geben wird. Daraus ergibt sich dann natürlich ein gewisses Legitimitätsproblem.

BT: Welche Bevölkerungsgruppen interessieren sich noch am ehesten für die Kommunalwahl?

Wehner: Demokratie ist in erster Linie ein Projekt, das das Bildungsbürgertum anspricht. Je komplexer eine Wahl ist – und die Kommunalwahl ist durch das Kumulieren und Panaschieren nicht einfach – desto mehr schreckt sie Menschen mit einem niedrigeren Bildungsgrad ab.

Grundsätzlich ist auch festzustellen, dass Menschen, die zum zweiten Mal zur Wahl gehen dürfen – die sogenannten Zweitwähler –, von diesem Recht am wenigsten Gebrauch machen. Die Wahl verliert bei Jugendlichen zunehmend an Bedeutung. Die Norm, wählen zu gehen, ist als „Bürgerpflicht“ bei älteren Menschen noch viel stärker ausgeprägt.

BT: Welche Auswirkungen wird Ihrer Meinung nach das geänderte Wahlrecht haben? Es dürfen ja jetzt auch schon 16- und 17-Jährige wählen. Wird das zu einem Motivationsschub bei jungen Menschen führen?

Wehner: In Baden-Württemberg hat man bei Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen, bei denen 16-Jährige schon wahlberechtigt waren, erst wenige Erfahrungen gesammelt. Diese sprechen statistisch eher dafür, dass Erstwählerinnen und Erstwähler von 16 und 17 Jahren ihr Recht nicht intensiver oder extensiver in Anspruch nehmen als andere Altersgruppen. Einen Motivationsschub würde ich daher ausschließen.

BT: Wird es durch die jun-

Kandidaten sind Kandidaten – und werden nicht automatisch gewählt. Bei der Kommunalwahl 2009 beispielsweise betrug der Frauenanteil der Kandidaten je nach Partei zwischen 27 und 47 Prozent; bei den Gewählten lag der Anteil aber zwischen 16 und 43 Prozent.

BT: Noch einmal zurück zum Interesse der Bürger an Kommunalwahlen. Glauben Sie, dass alternative Formen der Politik – zum Beispiel Bürgerinitiativen oder Bürgerbegehren – der klassischen parlamentarischen Kommunalpolitik den Rang streitig machen?

Wehner: Ich würde sie immer als sinnvolle Ergänzung sehen. Es spricht auch nichts dagegen, die Partizipationsmöglichkeiten auszuweiten. Aber auch hier muss man sich der sozialen Schere und der Bildungsschere bewusst sein.

Engagement über Bürgerinitiativen hat den Charme, dass es punktuell begrenzt ist: Wenn ich mich für oder gegen ein Bauprojekt ausspreche, dann ist das Thema irgendwann entschieden, und ich kann mich wieder ausklinken. Aber dieses Engagement ist nur eine Ergänzung und es gibt dabei auch keine gesellschaftliche Repräsentativität. Oft haben Sie das Phänomen des „Nimbys“ (Not in my Backyard, zu deutsch: Nicht in meinem Hinterhof; Anm. d. Red.), also jemand, der aktiv wird bei jenen Dingen, die quasi in seinem Hinterhof stattfinden. Kommunalpolitik ist aber mehr.

BT: Könnte es sein, dass gerade bei jüngeren Menschen Meinungsäußerungen im Internet, insbesondere Online-Abstimmungen, zu einem Ersatz für Wahlen werden?

Wehner: Das ist eine spannende Entwicklung. Aus Sicht der politischen Bildung sind alle Verfahren, die Demokratie erleichtern, zu begrüßen. Deshalb spreche ich mich auch immer für elektronische Abstimmungsmöglichkeiten in Deutschland aus. Bei Online-Petitionen muss man natürlich unterscheiden zwischen denen, die nur als Shitstorm durchs Netz geistern, ohne politische Relevanz zu haben, und den bedeutenden. Nehmen Sie einmal das Instrument der Europäischen Bürgerinitiativen: Wenn das von einer Million Menschen genutzt wird, weil diese der Meinung sind, dass die Wasserversorgung nicht in private Hände gehört, und die EU-Kommission ruft daraufhin unter dem öffentlichen Druck zurück – dann ist das aus Sicht der politischen Bildung ein tolles Beispiel.

Kommunalwahl 2014



BT: Fällt es den Parteien heutzutage leichter oder schwerer, Kandidaten aufzustellen?

Wehner: Ein Demokratieproblem ist die Überalterung der Parteien. Beispielsweise ist jedes zweite CDU-Mitglied über 60 – das bedeutet, dass Parteien sich nicht nur schwer tun, Jugendliche für ihre Arbeit und eine Kandidatur zu gewinnen, sondern auch, Frauen anteilig zu berücksichtigen. Es gibt ja den Wunsch einer paritätischen Besetzung. Diese schöne politische Soll-Regelung stößt in der Wirklichkeit, besonders auf dem Land, deutlich an ihre Grenzen.

BT: Ist aber nicht dennoch anzunehmen, dass aufgrund der genannten Sollvorschrift, allen Problemen zum Trotz, die Zahl der Frauen in den Kommunalparlamenten zulegen wird?

Wehner: Natürlich bemühen sich alle Parteien, Frauen und Jugendliche zu repräsentieren, aber man muss auch sehen:

Zur Person

Dr. Michael Wehner (51) ist Leiter der Außenstelle Freiburg der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg sowie Lehrbeauftragter am Seminar für wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg. Er studierte in Freiburg Politikwissenschaft und Geschichte und promovierte über die Auswirkungen des veränderten Medien- und Kommunikationsverhaltens auf die politische Bildung und die Ansprache der Bürgerinnen und Bürger. Wehner ist Herausgeber des Buchs „Der historische Machtwechsel: Grün-Rot in Baden-Württemberg“, Baden-Baden 2013. (red/ab)

Impressum

Verlag
Badisches Tagblatt GmbH
Postfach 100033
76481 Baden-Baden
Stephanienstraße 1-3
76530 Baden-Baden
Telefon 07221 215-0
www.badisches-tagblatt.de
info@badisches-tagblatt.de

Aboservice/Zustellung
Telefon 0 800 600 8 500 (gebührenfrei!)

Geschäftsführer
Eva Ertl, Dr. Dietmar Greiser,
Wolfgang Hoffarth

Chefredakteur
Markus Langer
Stv. Chefredakteur
Albert Noll

Ressorts
Nachrichten: Albert Noll;
Kultur: Christiane Lenhardt;
Sport: Frank Ketterer;
Journale und Sonderthemen:
Anja Groß

Leiter Lokalredaktionen
Patrick Fritsch (Baden-Baden);
Gerold Hammes (Bühl);
Thomas Senger (Murgtal);
Egbert Mauderer (Rastatt)

Anzeigenleiter
Stefan Hörig

Private Kleinanzeigen
Telefon 0 800 600 8 600 (gebührenfrei!)

Vertrieb
TOP.P-Service GmbH, Rastatt

Druck
GREISERDRUCK GmbH & Co. KG, Rastatt

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 60 vom 1. Januar 2014.
Bezugspreise: Abonnement: 30,50 € / Postbezug: 33,85 €